

Inhaltsverzeichnis

1. Konjunktur

- Bruttoinlandsprodukt nur wegen eines Arbeitstages mehr minimal gestiegen
- Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe steigt
- Herbstbelegung am Arbeitsmarkt fällt aus

2. Unternehmen

- Geschäftsklima im Mittelstand leicht gefallen
- Unternehmen erwarten Preissteigerungen
- Industrieller Energieverbrauch im Jahr 2023 stark zurückgegangen

3. Politik

- Fokus US-Wahl: Schadenspotenzial im Fall von Strafzöllen
- Alternativen zu China für die deutsche Importnachfrage
- Fachkräfteeinwanderungsgesetz zeigt Wirkung

1. Konjunktur

Bruttoinlandsprodukt nur wegen eines Arbeitstages mehr minimal gestiegen¹

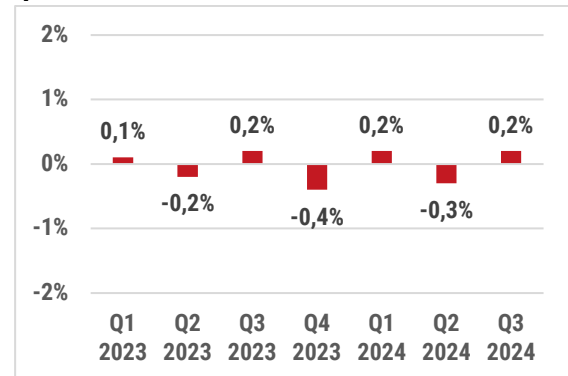
Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im dritten Quartal 2024 im Vergleich zum zweiten Quartal preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,2 Prozent gestiegen. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde vor allem durch höhere staatliche und private Konsumausgaben unterstützt. Zuvor war die Wirtschaftsleistung um 0,3 Prozent zurückgegangen, während sie zu Jahresbeginn leicht gewachsen war.

Im Vergleich zum dritten Quartal des Vorjahres lag das BIP preisbereinigt um 0,2 Prozentpunkte höher. Preis- und kalenderbereinigt zeigt sich

¹ Statistisches Bundesamt (30.10.2024): [Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal 2024 um 0,2 % höher als im Vorquartal](#)

jedoch ein leichter Rückgang um 0,2 Prozent, da im aktuellen Zeitraum ein zusätzlicher Arbeitstag zur Verfügung stand. Dies zeigt, Mehrarbeit bedeutet höheres Wachstum.

Bruttoinlandsprodukt, Veränderung zum Vorquartal in Prozent (Preis-, saison- und kalenderbereinigt)



Quelle: Statistisches Bundesamt (2024)

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe steigt²

Der reale, preisbereinigte Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe stieg nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes im September 2024 gegenüber August, saison- und kalenderbereinigt, an. Ohne Berücksichtigung der Großaufträge verzeichnete der Auftragseingang ebenfalls ein Plus. Im Dreimonatsvergleich war der Auftragseingang im dritten Quartal 2024 insgesamt höher als im zweiten Quartal, während er ohne Großaufträge leicht niedriger lag.

Der Anstieg im Auftragseingang 2024 resultierte besonders aus dem Bereich Sonstiger Fahrzeugbau (z.B. Flugzeuge, Schiffe, Züge, Militärfahrzeuge), wo mehrere Großaufträge eingingen. Auch die Automobilindustrie zeigte positive Entwicklungen, während die Metallerzeugung und der Maschinenbau rückläufig waren. Bei den Vorleistungsgütern verzeichnete der Auftragseingang einen Rückgang, während Investitionsgüter und Konsumgüter steigende Bestellungen erfuhr.

² Statistisches Bundesamt (06.11.2024): [Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im September 2024: +4,2 % zum Vormonat](#)

BVMW-Intern

Ökonomiebriefing 2024/KW45 08.11.2024

Die Inlandsaufträge und die Aufträge aus der Eurozone stiegen, während die Bestellungen aus Ländern außerhalb der Eurozone zurückgingen. Der reale Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe lag im September 2024 unter dem Niveau des Vormonats und auch unter dem Wert des Vorjahresmonats. Für August 2024 zeigte eine Revision der Daten einen Anstieg gegenüber dem Juli.

Herbstbelegung am Arbeitsmarkt fällt aus³

Im Zuge einer schwachen Herbstbelegung zeigte sich die Arbeitslosigkeit im Oktober 2024 stabil, während die saisonbereinigten Daten weiterhin einen leichten Anstieg andeuten. Im Vergleich zum Vorjahr bleibt die Zahl der Arbeitslosen höher. Die Arbeitslosenquote verharrt auf einem etwas höheren Niveau als im Vorjahreszeitraum.

Vor Beginn von Kurzarbeit sind Unternehmen verpflichtet, eine Anzeige über den voraussichtlichen Arbeitsausfall zu erstatten. Für Oktober 2024 wurde von zahlreichen Betrieben eine solche Meldung eingereicht, die konjunkturelle Kurzarbeit für eine erhebliche Zahl der Beschäftigten betrifft. Die tatsächliche Inanspruchnahme der Kurzarbeit, für die aktuelle Daten bis August vorliegen, zeigt eine moderate Abnahme im Vergleich zu den Vormonaten. Bei der Beschäftigung bleibt das Bild gemischt: Während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im August saisonbereinigt leicht zurückging, lag sie dennoch höher als im Vorjahr. Der Zuwachs ist überwiegend auf Beschäftigte mit ausländischer Staatsangehörigkeit zurückzuführen.

Im Oktober 2024 verzeichnete die Bundesagentur für Arbeit (BA) eine stabile Nachfrage nach Personal, auch wenn die gemeldeten Arbeitsstellen im Jahresvergleich etwas rückläufig waren. Der BA-Stellenindex, der die Personalnachfrage anzeigt, stieg leicht an, blieb jedoch hinter dem Vorjahreswert zurück. Gleichzeitig nahm die Zahl

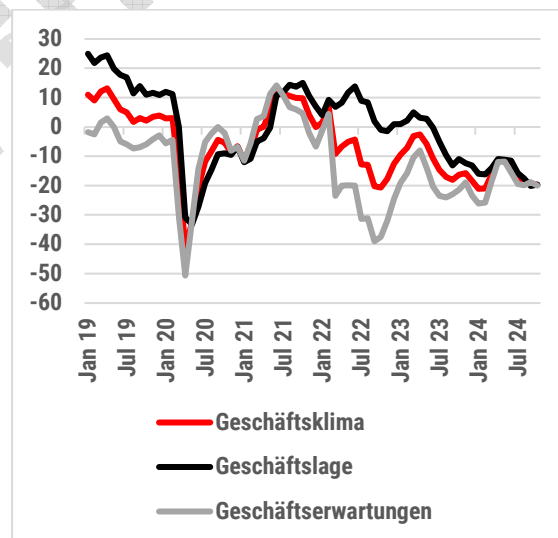
Arbeitslosengeldbezieher im Vergleich zum Vorjahr zu. Die Zahl der erwerbsfähigen Bürgergeldberechtigten stieg ebenfalls im Vergleich zum Vorjahr leicht an, sodass ein Anteil von 7,2 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung als hilfebedürftig gilt.

2. Unternehmen

Geschäftsklima im Mittelstand leicht gefallen⁴

Im Oktober trübt sich die Stimmung im deutschen Mittelstand weiter ein und fällt zum fünften Mal in Folge leicht. Die Geschäftserwartungen für die kommenden Monate sind zunehmend pessimistisch, was auf ein schwaches Konjunkturmilieu für den Winter hinweist. Zwar bewerten die Mittelständler ihre aktuelle Lage etwas positiver als im Vormonat, jedoch bleibt das Niveau historisch niedrig, ähnlich wie während der Corona-Krise.

KfW-ifo-Mittelstandsbarometer



Quelle: KfW Research (2024)

Dennoch gibt es auch Lichtblicke: Im Großhandel und Baugewerbe verbessert sich das Geschäftsklima leicht, und im Einzelhandel bleibt die Stimmung stabil. Dies könnte auf die gestiegene Kaufkraft der Haushalte zurückzuführen sein, die

³ Bundesagentur für Arbeit (BA) (30.10.2024): [Arbeitsmarkt im Oktober 2024. Weiter kaum Herbstbelegung](#)

⁴ Borger, Klaus. (31.10.2024). [Stimmung sinkt im Mittelstand, steigt jedoch bei Großunternehmen](#) (KfW-ifo-Mittelstandsbarometer: Oktober 2024)

allmählich positive Effekte zeigt. Während die Stimmung in den Dienstleistungen geringfügig nachlässt, bleibt sie dort im Vergleich der Stimmungsindikatoren führend. Das Verarbeitende Gewerbe bleibt jedoch belastet, insbesondere durch schwache Investitionen und eine verhaltene Exportnachfrage.

Im Gegensatz dazu zeigen die Großunternehmen im Oktober eine deutliche Stimmungsaufhellung, besonders in den Geschäftserwartungen und der Lagebewertung. Lediglich bei den großen Bauunternehmen trübt sich die Stimmung etwas ein, während Großhandel, Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungen und Einzelhandel eine deutliche Verbesserung verzeichnen. Für die deutsche Wirtschaft insgesamt signalisiert dies eine vorsichtige Stabilisierung, getragen vor allem durch die größeren Unternehmen.

Unternehmen erwarten Preissteigerungen⁵

Die ifo-Preiserwartungen stiegen im Oktober auf 15,9 Punkte, nach 14,1 im Vormonat. Industrie, unternehmensnaher Dienstleister und der Handel planen verstärkt Preiserhöhungen, während die Erwartungen im Baugewerbe und in konsumnahen Dienstleistungen gesunken sind. Das ifo-Institut erwartet, dass die Inflationsrate in den kommenden Monaten die Zwei-Prozent-Marke der EZB erreichen könnte.

Einzelhändler planen verstärkt Preisanpassungen, während Dienstleister trotz hoher Lohnkosten nur begrenzt Preise erhöhen. Auch Industrie- und Großhandelsunternehmen erwarten steigende Preise, was vor allem auf die anhaltende Nachfrage zurückzuführen ist. Im Baugewerbe hingegen rechnet man eher mit sinkenden Preisen, da die Nachfrage hier schwächer ausfällt. Diese unterschiedlichen Entwicklungen spiegeln die jeweils spezifischen Kostenstrukturen und Marktbedingungen in den verschiedenen Branchen wider.

⁵ ifo Institut (29.10.2024): [Unternehmen planen vermehr höhere Preise](#)

Energieverbrauch im Jahr 2023 stark zurückgegangen⁶

Im Jahr 2023 verbrauchte die deutsche Industrie insgesamt 3.282 Petajoule Energie, was einen Rückgang von 7,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Diese Reduzierung steht in engem Zusammenhang mit einer gesunkenen Produktionsleistung in der Industrie, insbesondere in energieintensiven Branchen, die besonders stark betroffen waren. In diesen Bereichen ging die Produktion deutlich zurück, was den Energieverbrauch entsprechend minderte.

Der Großteil der Energieträger in der Industrie (91 %) wurde zur Erzeugung von Strom und Wärme eingesetzt. Die verbleibenden 9 Prozent, vorwiegend Mineralölprodukte und Erdgas, dienen als Grundstoffe für die Herstellung von Chemikalien, Düngemitteln und Kunststoffen. Erdgas blieb der am meisten genutzte Energieträger, gefolgt von Strom, Mineralölen und Kohle, wobei der Erdgasverbrauch leicht zurückging.

Mit einem Anteil von 26,5 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs blieb die chemische Industrie der größte Energieverbraucher unter den Industriezweigen, gefolgt von der Metallherzeugung und -bearbeitung sowie der Kokerei und Mineralölverarbeitung. In der chemischen Industrie wurden zudem fast ein Drittel der Energieträger als Ausgangsstoffe für chemische Produkte und damit nicht zur Energieerzeugung eingesetzt.

3. Politik

Fokus US-Wahl: Schadenspotenzial im Fall von Strafzöllen

Eine zweite Amtszeit Donald Trumps als US-Präsident könnte für die EU und Deutschland schwerwiegende wirtschaftliche Folgen haben. Eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zeigt, dass ein Handelskrieg zwischen den USA und Europa in diesem Fall der

⁶ Statistisches Bundesamt (04.11.2024): [Energieverbrauch der Industrie 2023 um 7,8 % geringer als im Vorjahr](#)

BVMW-Intern

Ökonomiebriefing 2024/KW45 08.11.2024

deutschen Wirtschaft über vier Jahre hinweg bis zu 180 Milliarden Euro kosten könnte. Besonders betroffen wären exportstarke Branchen wie der deutsche Automobil- und Maschinenbau.

Donald Trump hat im Wahlkampf bereits angekündigt, die Zölle auf US-Importe auf bis zu 20 Prozent anzuheben, was deutschen Unternehmen hart treffen würde. Die EU hat als Gegenmaßnahme eine Strategie entwickelt: Sollten die USA die Zölle auf zehn Prozent erhöhen, will die EU mit gleichwertigen Zollerhöhungen reagieren. Laut IW-Simulation würde ein solcher Handelskonflikt das deutsche BIP langfristig um bis zu 1,5 Prozent schmälern.

BVMW-Position

Eine faire und ausgewogene Partnerschaft zwischen der EU und den USA ist im Interesse des Mittelstands, insbesondere angesichts der geopolitischen Herausforderungen durch China. Darüber hinaus sieht der BVMW in Freihandelsabkommen mit Regionen wie Südamerika und dem Indopazifik eine wichtige Chance, die Handelsbeziehungen breiter aufzustellen und die Abhängigkeit von den USA zu reduzieren. Solche Abkommen würden nicht nur die Exportmöglichkeiten des deutschen Mittelstands stärken, sondern auch die Resilienz gegenüber internationalen Konflikten erhöhen.

Alternativen zu China für die deutsche Importnachfrage⁷

China ist seit Jahren Deutschlands wichtigstes Herkunftsland für Warenimporte. Angesichts aktueller geoökonomischer Entwicklungen stellt sich die Frage, ob Deutschland seine Abhängigkeiten durch eine breitere Streuung der Lieferländer verringern kann, insbesondere bei Vorleistungs- und Investitionsgütern. Für viele Warengruppen gibt es potenziell alternative Lieferquellen, die eine stärkere Diversifizierung ermöglichen könnten.

Makroökonomisch bieten sich zwei Ansätze, um neue Handelspartner zu identifizieren: Entweder werden bestehende Beziehungen zu Ländern vertieft, die bereits ähnliche Produkte wie China liefern, oder neue Partnerschaften werden mit Ländern aufgebaut, deren Exportprofil dem chinesischen Warenprofil ähnelt. In beiden Fällen ergeben sich 15 potenzielle Alternativländer, darunter mehrere europäische und asiatische Staaten sowie die USA. Gleichzeitig besteht jedoch das Risiko, dass eine Konzentration auf diese Länder neue Abhängigkeiten schaffen könnte.

Vorhandene Handelsabkommen schaffen grundsätzlich günstige Voraussetzungen für eine Diversifizierung. Ob Unternehmen tatsächlich verstärkt Vorleistungen und Investitionsgüter aus anderen Ländern beziehen, hängt jedoch davon ab, wie sie ihre Lieferketten absichern wollen. Eine Diversifizierung der Importquellen ist nur ein Teil einer umfassenden Anpassung an die sich wandelnde Globalisierung.

BVMW-Position

China ist weiterhin ein wichtiger Handelspartner, jedoch ist eine Diversifizierung der Importquellen notwendig. Die starke Abhängigkeit von China, insbesondere bei Vorleistungs- und Investitionsgütern, birgt Risiken, die die Stabilität der Wertschöpfungsketten des Mittelstands gefährden könnten. Eine breitere Streuung der Lieferländer ist entscheidend, um geoökonomische Risiken zu mindern und die langfristige Resilienz (Widerstandsfähigkeit) der Unternehmen zu sichern.

Der BVMW unterstützt die Suche nach alternativen Handelspartnern, vor allem in Europa, Asien und den USA, und betont die Bedeutung günstiger politischer Rahmenbedingungen durch Handelsabkommen. Eine stärkere Diversifizierung bietet nicht nur eine Absicherung gegen globale Unsicherheiten, sondern ist auch eine strategische Anpassung an die veränderten globalen Bedingungen.

⁷ Ullrich, K. (2024). [China+N=Diversifizierungspotenzial für die Importnachfrage Deutschlands](#) (Fokus Volkswirtschaft No. 474). KfW Research

Fachkräfteeinwanderungsgesetz zeigt Wirkung⁸

Seit der Einführung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes (FEG) im Jahr 2020 ist der Anteil an Frauen und jüngeren Menschen unter den Erwerbsmigrantinnen aus Nicht-EU-Staaten gestiegen. Die Beschäftigungsquoten dieser Zuwanderer liegen deutlich über denen deutscher Staatsangehöriger, und zugezogene Frauen arbeiten häufiger in Vollzeit als deutsche Frauen. Dies zeigt die positive Wirkung des Gesetzes auf die Integration von Erwerbsmigrantinnen in den Arbeitsmarkt.

Persönliche Kontakte in Deutschland spielen für die Betroffenen eine wichtige Rolle bei der Informationsbeschaffung. Negative Erfahrungen wie Diskriminierung – etwa bei der Wohnungssuche, von der über die Hälfte der Migrantinnen berichten – können jedoch das Image Deutschlands nachhaltig schädigen. Eine zukünftige Einwanderungspolitik sollte daher den Abbau von Informationsdefiziten fördern und bessere Angebote für Familien schaffen, um die Attraktivität Deutschlands als Einwanderungsland zu stärken.

BVMW-Position

Trotz der Fortschritte bestehen weiterhin erhebliche bürokratische Hürden, die die Zuwanderung von Fachkräften erschweren. Schwierigkeiten bei der Visumserteilung, der Anerkennung ausländischer Abschlüsse und der Familiennachzug machen die Einwanderung komplex und langwierig. Zusätzlich herrscht oft ein Mangel an Informationen über rechtliche Rahmenbedingungen und Stellenangebote in Deutschland, was den Einwanderungsprozess weiter verkompliziert.

Berlin, 08.11.2024

Gez.: Jasper Lücke jasper.lueke@bvmw.de

Dr. Hans-Jürgen Völz hans-juergen.voelz@bvmw.de

⁸ Fendel, T., & Isanov, B. (2024). [Fachkräfteeinwanderungsgesetz: Gute Arbeitsmarktintegration trotz bürokratischer Hürden und Diskriminierung](#) (IAB-